

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 23.

Berlin, den 18. Februar 1917.

11. Jahrgang.

Parteigenossen!

Die Stunde der Entscheidung ist für uns alle gekommen!

Seit Kriegsbeginn sind Parteivorstand und Fraktionsmehrheit in eine antisozialistische Politik hineingeraten, die, stetig sich verschlimmernd, die offizielle Sozialdemokratie zu einer national-sozialen Regierungspartei herabgewürdigt hat.

Diese Neuorientierung begann mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten; sie steigerte sich zur Bewilligung des Budgets. So trieb die Mehrheit der Reichstagsfraktion durch die bürgerliche Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien in die Unterstützung imperialistischer Kriegsziele hinein. Durch beharrliche Ablehnung der Minderheitsforderung, daß die Regierung zur Proklamierung eines annexionslosen Friedensangebots gedrängt werden solle, wirkte die Fraktionsmehrheit kriegsverlängernd, nicht aber, wie sie jetzt vorgibt, friedensfördernd. Den steigenden Einfluß der Opposition suchte die Fraktionsmehrheit, als die Minderheit das Recht der selbständigen Meinungsäußerung für sich in Anspruch nahm, dadurch zu brechen, daß sie ihr widerrechtlich und den Parteitagsschlüssen entgegen die Fraktionsrechte entzog. Sie nötigte dadurch die Minderheit, sich nunmehr als selbständige Fraktion zu konstituieren. Der tiefgehende sachliche Gegensatz zwischen den beiden Fraktionen trat dann fortgesetzt im Reichstag in der Behandlung aller politischen Fragen zutage, — zuletzt noch bei dem „Hilfsdienstgesetz“, das von der „Fraktion“ angenommen, von der „Arbeitsgemeinschaft“ abgelehnt wurde.

Gleichzeitig hatte der Parteivorstand den Kampf gegen die oppositionelle Presse durch Abjegung von Redakteuren und durch Besitzergreifung von Zeitungen begonnen. Diese Politik der Gewalttätigkeiten gipfelte in der Ausnutzung des Belagerungszustandes zum Raube des „Vorwärts“.

Auch in der Bekämpfung oppositioneller Organisationen schritt der Parteivorstand von Rechtsbruch zu Rechtsbruch. An verschiedenen Orten veranlaßte er die Gründung von Sonderorganisationen! Das Signal zu all-

gemeiner Parteispaltung ließ er sich dann am 18. Januar d. J. durch ein Gutachten des Parteiausschusses geben, das er am 22. Januar zu einer eigenen Rundgebung verwertete. Er drohte darin, diejenigen Parteigenossen, die sich zu oppositionellen Anschauungen bekannt haben, aus den von ihm selbst beherrschten Organisationen auszustoßen, und zur Bekämpfung der oppositionellen Organisationen überall durch seine Handlanger Gegenorganisationen gründen zu lassen.

Dieser Drohung sind jetzt die Taten gefolgt.

Im Kreise Potsdam-Osthavelland wurde am 28. Januar auf Anstiften des Parteivorstandes gegen die rechtmäßige Wahlkreisorganisation ein Gegenverein gegründet. Diese Sonderorganisation tat dann gleich einen weiteren Schritt auf der Bahn der Parteizerrüttung, indem sie für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl ihren Vorsitzenden als Gegenkandidaten gegen den rechtmäßig aufgestellten oppositionellen Kandidaten nominierte! Das geschah, um mit Hilfe der bürgerlichen Parteien ein Mandat an sich zu reißen, das dem Genossen Liebknecht durch Zuchthausurteil wegen der Betätigung seiner Ueberzeugung entrissen wurde. — In Berlin wurde die Gründung von Gegenorganisationen gegen die rechtmäßigen Wahlvereine durch einen offenbar abgekarteten Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des „Diskutierklubs Vorwärts“ und dem Parteivorstandes Ebert eingeleitet. Ebert gab in seiner Antwort eine ausführliche Anleitung zur Parteispaltung in Berlin. Sie wurde bereits in mehreren Wahlkreisen befolgt. Das Vorbild des Parteivorstandes wurde auch bereits von den Leitern der Landesorganisation in Sachsen, sowie der Bezirksorganisation in Dresden und Zwickau nachgeahmt. Die ganze Bezirksorganisation Leipzig, sowie die Vertreter mehrerer Wahlkreisorganisationen wurden durch Mehrheitsbeschluß kurzerhand der Rechte beraubt, die ihnen von den organisierten Genossen übertragen waren!

So vollzieht sich jetzt die Parteispaltung, weil ein Duzend zur Besorgung zentraler Parteigeschäfte angestellter Parteibeamten wider alles Parteirecht sich anmaßen, nach eigenem Gutdünken den Ausschluß einzelner Parteigenossen und ganzer Organisationen aus der Partei zu dekretieren.

Alle diese Uebergriffe sind nach dem Parteirecht zwar null und nichtig. Die Machtmittel, die der Parteivorstand als zentrale Verwaltungsbehörde in Händen hat, und die Unterstützung seitens einer großen Zahl von Genossen in leitender Stellung ermöglichen es ihm jedoch, im Rahmen der von ihm beherrschten Organisationen unseren Freunden überall die Parteitätigkeit unmöglich zu machen. Gegenüber der planmäßigen Schaffung von Sonderorganisationen durch den Parteivorstand genügt nicht mehr ein Protest! Es müssen sich nunmehr auch die **oppositionellen Genossen** überall zusammenschließen. Denn was den Genossen in Potsdam, in Berlin, in Sachsen usw. angetan wird, ist ein Schlag, der uns alle trifft. Würde die Opposition nicht tatkräftig vorgehen, so hätte der Parteivorstand gewonnenes Spiel. Er würde die Stäbe einzeln zerbrechen, gegen die er ohnmächtig bleibt, wenn sie fest verbunden ihm Widerstand leisten. Solidaritätspflicht ist es jetzt für alle grundsätzlichen Genossen, sich organisatorisch zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit für die Gesundung der sozialdemokratischen Bewegung, für die Durchführung des sozialdemokratischen Programms sowie der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse!

Im Einverständnis mit einer großen Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands richten wir deshalb an alle Organisationen und Parteigenossen, die gewillt sind, mit der Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft organisatorisch zusammenzuwirken, die Aufforderung, sich an einer Oppositionskonferenz zu beteiligen, in der die erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition zu treffen sind! —

Zu dem Zweck bitten wir diejenigen Kreisorganisationen, die sich bereits auf den Boden der Opposition gestellt haben oder die einen solchen Beschluß noch fassen werden, sich unverzüglich bei der unterzeichneten Adresse anzumelden. In Wahlkreisen, in denen nach der Anstachelung des Parteivorstandes die oppositionellen Parteigenossen durch Wahlkreisbeschluß ihrer Parteirechte beraubt werden, erwarten wir, daß sie sofort eine eigene Organisation gründen und uns hiervon sowie von ihrem Anschluß an unsere Bewegung gleichfalls in Kenntnis setzen.

Nähere Mitteilungen über den Eintritt der Konferenz werden demnächst erfolgen, doch bitten wir, die organisatorischen Vorarbeiten dafür bis Mitte März zu beenden!

Und nun frisch an's Werk! Kein Tag ist zu verlieren!

Mit sozialdemokratischem Parteigruß
i. A.:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft des Reichstags.

Haase. Ledebour. Bogtherr.

Brief-Adresse: E. Bogtherr, M. d. R., Berlin, Reichstag.

Die alte Sozialdemokratie.

Es war eine einmütig geschlossene und entschlossene Kundgebung, als die Berliner Verbandsgeneralversammlung vom 11. Februar 1917 nach den trefflichen Ausführungen des Genossen Haase ohne jede weitere Erörterung beschloß, die alte Berliner Parteiorganisation zusammenzuschließen mit der gesamten entrechteten und verlästerten Opposition des ganzen Reiches. Ein Zusammenschluß, der eine Notwehraktion ist gegen die Mächtschäften des Parteivorstandes und seiner Getreuen. Jeder der mehr als 300 Delegierten — und es waren viele darunter, die Jahrzehnte ihres Lebens dem Wachsen und Erstarben unserer Bewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen, gewidmet haben — war sich des Ernstes der Stunde bewußt: Jetzt gilt es den lebendigen Geist der Sozialdemokratie zu retten aus den Trümmern des äußeren Parteigebäudes, das heute von Männern aus den Jugen getrieben wird, die in den Kriegsjahren aus Wächtern zu Verächtern des Sozialismus und der Demokratie geworden sind.

O, sie haben gut toben und verdammen, diese Herren! Müssen ihnen doch alle Dinge zum Besten dienen. Sie haben sich gut eingespield mit den Mächten des Belagerungszustandes. Zensur, Schutzhaft, Polizei, Staatsanwalt usw., alles arbeitet ihnen schön in die Hand. Und sie wissen ganz genau, daß ihre Opfer stumm sein müssen und zurzeit nicht restlos sagen können, was ihrer sozialistischen Ueberzeugung nach gesagt werden müßte. Sie wissen ganz genau, daß ihre Anschauungen den herrschenden Gewalten gar wohlgefällig sind und sie nicht in Konflikt bringen mit den zahllosen Fesseln und Knebeln des Kriegszwanges.

Das hindert diese würdigen Vertreter der „alten Sozialdemokratie“ und der „Gesamtpartei“ — mit diesen Losungsworten sammeln sie ja jetzt ihre Getreuen in ihren Gegenorganisationen um sich — nicht, ihre Parteigegner der Feigheit zu zeihen und so zu tun, als ob Belagerungszustand und Zensur im Grunde doch recht harmlose Dinge seien. Wo ihnen aber diese Gewalten vorarbeiten, da packen sie mit robusten Händen und unbeschwertem Gewissen zu und schnüren ihrem Opfer erst vollends die Kehle ab. Das hat sich bei dem Gewaltstreich auf den „Vorwärts“ gezeigt, das trat auch in diesen Tagen in Elberfeld in Erscheinung, wo ein Eingriff der Zensur willkommenen Anlaß bot, Herrn Ebert von einem verhassten Redakteur zu befreien, der verbrecherisch genug war, eine andere politische Meinung zu haben als der derzeitige Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei. Solch ein Schädling der vorstandsoffiziösen Politik durfte natürlich nicht der geistige Berater im Wahlkreise Eberts bleiben. All das geschieht im Namen der „Meinungsfreiheit“, die angeblich in der Partei noch volle Geltung hat. Das zu behaupten haben diese Leute noch die Stirn, die der Meinungsfreiheit in Duisburg, in Bremen, in Berlin, in Elberfeld

usw. Gräber geschaufelt haben und diese Totengräberarbeit noch eifrig fortsetzen.

Und das soll die alte Sozialdemokratie sein, in der solche Dinge möglich sind! Die alte Sozialdemokratie, die in ihrer Geschichte den ruhmvollen Kampf gegen das Sozialistengesetz aufzuweisen hat. Vertreter der „alten Sozialdemokratie“ wollen die sein, die jetzt in zahlreichen Fällen die eigenen Parteigenossen den Justizbehörden als „Anarchisten“, oder gar als „Landesverräter“ denunzieren und den Staatsanwälten und dem Reichsanwalte bereitwillig Argumente in die Hand spielen. Nicht leichtfertig schreiben wir diese Anklagen nieder; das attemmäßige Beweismaterial ist aber so erdrückend, daß die ganze Kriegsherrschaft dieser „alten Sozialdemokraten“ zusammenbrechen muß, wenn das freie Wort wieder einmal eine freie Statt hat. Und es wird dafür gesorgt werden, daß diese Todsünden am Geiste und an den Traditionen der wahren alten Sozialdemokratie nicht vergessen, sondern zu gegebener Zeit mit aller Deutlichkeit den deutschen Arbeitern zur Kenntnis gebracht werden. Es ist vielleicht auch die Vorahnung dieser kommenden Abrechnung, die die pharisäischen Nutznießer des Erbes der alten Sozialdemokratie treibt, die unbequemen Mahner und Dränger aus der Partei zu stoßen. Damit wird aber der Entschluß der Opposition, sich zusammenzuschließen, doppelt und dreifach gerechtfertigt. Nur eine in sich geschlossene Opposition kann ihre Aufklärungs- und Abrechnungsarbeit über das ganze Reich erstrecken und dadurch der vom Kriegsfieber befreiten deutschen Arbeiterschaft die Augen öffnen, damit sie erkennt, wo die wahren und wo die falschen Vorkämpfer der alten Sozialdemokratie zu suchen sind. Diese umfassende Abrechnung ist notwendig, wenn die Arbeiterbewegung gesunden und kommenden Kriegsgefahren entschiedener wehren soll, als sie es vor Ausbruch des Weltkrieges tun konnte. Wird doch jetzt schon im Lager der „alten Sozialdemokratie“ eifrig die Werbetrommel gerührt für die Bewilligung künftiger Rüstungsaufwendungen und für imperialistische Ziele.

Gleich abstoßend wie das Kapitel von den bewußten und unbewußten Denunziationen ist das Verhalten der Leute, die sich als die einzig wahren und berufenen Vertreter der „alten Sozialdemokratie“ aufspielen, Parteigenossen gegenüber, deren Lebensarbeit darin bestand, die Partei groß zu machen und der alten Sozialdemokratie Deutschlands zu einer überragenden Stellung in der Internationale zu verhelfen. Die geistige Arbeit dieser Genossen hat in Verbindung mit der rastlosen Kleinarbeit zahlreicher anderer Parteimitglieder den Bau und das Rüstzeug der Partei geschaffen, auf deren Boden die Männer, die heute die Fuchtel schwingen und den Bannstrahl schleudern, erst das werden konnten, was sie heute sind. Dieser alten Sozialdemokratie verdanken sie ihre Mandate und ihre Posten; die politische Bedeutung der alten Sozialdemokratie gab den Scheidemannern, Ebert usw. erst die Geltung im politischen Leben, die sie, losgelöst von jeder demokrati-

schon Kontrolle während der Kriegszeit, in einer Richtung betätigten, die mehr und mehr in die Niederungen einer unsozialistischen Politik führte. Jetzt haben sie sich sogar zu einer solchen Höhe „sozialdemokratischer“ Erleuchtung aufgeschwungen, daß sie ihren Kampfgossen von einst, die ihre Wandlungsfähigkeit nicht mitmachen konnten, kurzerhand das Recht absprechen, sich Sozialdemokraten zu nennen. Besonders abstoßend tritt das in Erscheinung in der wohlorganisierten Heze, die jetzt gegen die „Neue Zeit“ und die „Gleichheit“, d. h. in erster Linie gegen den Genossen K a u t s k y und die Genossin Z e t k i n sowie gegen den Genossen M e h r i n g inszeniert wird. Diese haben sich länger als ein Menschenalter redlich um den Sozialismus bemüht. Viele Tausende verdanken ihre Schulung und ihre Wirksamkeit in der Bewegung der Geistesarbeit dieser Vorkämpfer. Mag man in Einzelfragen zu ihrem Lebenswerk stehen wie man will, daß sie zur Durchsetzung der Arbeiterbewegung im Geiste des Sozialismus und der Demokratie mit allen Kräften beigetragen haben, wird kein Mensch leugnen können.

Die Klopffechter der neuorientierten „alten Sozialdemokratie“ sind anderer Meinung. Das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie in der Internationale ist noch nicht genug auf den Hund gekommen, die Kautsky, Zetkin, Mehring usw. müssen auch noch zur Strecke gebracht werden. Als gerissene Diplomaten bestellen sich die Vorstandsherren bei ihren ergebenern Trabanten Kundgebungen gegen die mißliebigen Gewordenen, um sich bei ihren Kaltstellungsmanövern auf die „Meinung weiter Parteikreise“ berufen zu können. So wurde in Stuttgart, in Neufölln usw. der Anfang mit der Heze gegen die „Neue Zeit“ und die „Gleichheit“ gemacht. Am Sonntag, an demselben Tage, an dem die Berliner Verbandsgeneralsversammlung tagte, wurde die Heze in Nowawes, wo die Parteischarmacher Lensch und Cohen das große Wort führen, fortgesetzt. Nach einem Referat des Parteivorstandsmitgliedes Bartel wurde es — wir zitieren nach dem Vorstands-„Vorwärts“ — „als eine Pflicht des Parteivorstandes bezeichnet, dem Mißbrauch unserer wissenschaftlichen Organe „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ durch die derzeitigen, die Parteizersplitterung offen betreibenden Leiter endlich ein Ende zu machen“. Nun kommt her, Parteivorstand, und erkläre: „die Kautsky, die Zetkin usw. sind überhaupt keine Sozialdemokraten mehr; raus mit dieser Gesellschaft aus den Redaktionen!“ Man braucht nicht Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß in wenigen Tagen der Parteivorstand seine „Pflicht“, wie sie ihm ein Lensch und Cohen vorschreiben, tun wird und sich unter Berufung auf die „alte Sozialdemokratie“ mit neuer Schmach belasten wird. Der Vorstands-„Vorwärts“ hat den Auftakt schon gegeben. Vor einigen Tagen ist die Müller-Stamper-Dr. Diedrich-Wißel-Hofrichter usw.-Redaktion in einer geradezu fleghaften Art über Kautsky hergefallen, weil er die klägliche Haltung des Vorstands-„Vorwärts“ in der Frage des verschärften U-Bootkrieges gebührend gekennzeichnet

hatte, soweit das unter den jetzigen Zeitverhältnissen überhaupt möglich ist. Eine solche überhebliche Flegerei gegen einen Parteitheoretiker wie Kautsky leisteten sich Leute, denen erst der Kriegsbrand das intellektuelle Dreierlicht anzünden mußte, in dessen trübem Schein sie sich der Welt als einzig wahre und patentierte Ränder des Sozialismus vorstellen, während dieser — bah — Kautsky, so dekretiert Herr Chefredakteur von Belagerungszustandsgnaden Müller, nur ein ganz armjeliger Ignorant und Stümper ist.

Noch können der Vorstand und seine Gefolgschaft den Namen der alten Sozialdemokratie schmählich mißbrauchen, noch können sie die Konjunktur des Kriegszustandes für sich ausnutzen. Die Opposition aber wird trotz aller Schmähungen und trotz aller Achtung den lebendigen Geist der alten Sozialdemokratie hinüberretten in die Zeit, in der es keinen Belagerungszustand mehr geben wird, in der die deutsche Arbeiterbewegung mit all dem Unkraut aufräumen wird, das in der dumpfen Kriegsatomosphäre auf ihrem Boden emporsprosseln konnte. Kann die Opposition jetzt noch nicht mit aller Gründlichkeit an dieses Reinigungswerk gehen, so kann sie doch die Kräfte sammeln, die man jetzt so sehr zerstreuen und versprengen möchte; ihr Zusammenschluß wird der erste Schritt auf der Bahn sein, die alte Sozialdemokratie gereinigt und geläutert über diese Weltkatastrophe hinaus zu neuen Lebensquellen zu führen.

Ein abgekarteter Briefwechsel.

Folgender für die Berliner Parteibewegung bedeutungsvoller Briefwechsel wird im „Vorwärts“ vom 2. Februar veröffentlicht:

Berlin, den 26. Januar 1917.

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Die Unterzeichneten ersuchen den Parteivorstand um Mitteilung, wie sie sich in Groß-Berlin angesichts der durch die verschiedenen Oppositionsgruppen vollzogenen Trennung von der Gesamtpartei zu verhalten haben. Die Leitungen der Berliner Wahlkreisorganisationen stehen, mit Ausnahme des alten Kreiswahlvereins für Teltow-Beeskow, auf dem Boden der Opposition, sie nehmen in ihr führende Stellung ein und stellen die gesamten Mittel und Einrichtungen der Partei in deren Dienst.

Durch diese Tatsache kommen die auf dem Boden der Entscheidungen des Parteiaususses und des Parteivorstandes stehenden Parteigenossen Groß-Berlins bei der ferneren Zahlung von Parteibeiträgen in einen schweren Gewissenskonflikt.

Durch die Zahlung weiterer Beiträge lieferten sie den von der Partei abgesplitterten Oppositionsorganisationen die Mittel zur Bekämpfung der Partei. Eine Möglichkeit, die zur Zugehörigkeit zur Partei notwendigen Beiträge an anderer Stelle zu zahlen, ist nicht vorhanden. Sie muß aber geschaffen werden, um der Partei die Mittel wieder in Berlin zu erhalten. Das ist eine Frage der Notwehr! Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die gegenwärtig die Kreisorganisationen beherrschende Opposition bewußt die Spaltung der Partei und die Abtötung der auf dem Boden der Parteimehrheit stehenden Genossen vorbereitet hat. Für die Entwicklung der Dinge in Berlin

erlauben wir uns, nur einiges unter Beweis zu bringen:

Unter bewußter Verletzung der in Berlin geltenden organisatorischen Bestimmungen riß die Opposition die Herrschaft in den Organisationen an sich. So wählte man im vierten Wahlkreis — trotzdem das Statut Urwahlen vorschreibt — den Kreisvorstand sowie die Mitglieder des Zentralvorstandes in der sogenannten Kreisversammlung. Und diese, weder nach Kreis- noch Bezirksstatut ordnungsmäßig gewählten Vertreter haben an all den für das Berliner Organisationsleben so einschneidenden Beschlüssen im Aktionsausschuß, im Zentralvorstand und auch in der Preßkommission mitgewirkt.

Als zwanzig auf dem Boden der Parteimehrheit stehende Zentralvorstandsmitglieder gegen die Berufung einer Verbandsgeneralversammlung Protest erhoben, weil sie im schroffen Widerspruch zum Statut stand, eventuell ohne Bericht und ohne Möglichkeit der Rechtfertigung der bisherigen Organisationsleitung, nur zur deren Abjagung durchgeführt werden sollte, beschloß die oppositionelle Mehrheit des Zentralvorstandes bereits offen die zukünftige Scheidung. Sie schließt eine Erklärung mit der Drohung:

„Wenn die zwanzig drohen, sie würden die Beschlüsse der — (statutenwidrig berufenen!) — Generalversammlung nicht anerkennen, so würden sie sich mit der Betätigung dieser Drohung außerhalb der Organisation stellen.“

Der „Vorwärts“ sollte unter allen Umständen dem im Parteistatut vorgesehenen Einfluß des Parteivorstandes entzogen werden. Schon am 25. April 1916 wurde in einer Wahlvereinsversammlung die Parole ausgegeben:

„Die Hauptsache ist, Geld in die Hände zu bekommen!“

„Der „Vorwärts“ ist aus dem Hause Lindenstr. 3 heraus- und unter die alleinige Kontrolle der Berliner zu bringen. Zuerst ist Fischer zu kündigen, die andern kommen dann an die Reihe. In wenigen Monaten ist alles erledigt.“

Das gelang nicht. Als dann der Parteivorstand das Blatt vor dem dauernden Verbot gerettet, als es wieder seine Aufgaben als Zentralorgan erfüllte, erfolgte der „Vorwärts“-Boycott mit der von dem Redakteur Ströbel im sechsten Wahlkreise gegebenen Betonung:

„Nachdem alles andere nichts geholfen, bleibt uns nichts übrig, als den „Vorwärts“ zu ruinieren.“

Dieser Boykottbeschuß steht ebenfalls in Widerspruch zum Statut der Berliner Parteioorganisation, dessen § 11 besagt, daß jedes Mitglied „für die weitestehende Verbreitung des „Vorwärts“ Sorge zu tragen hat.“

Gegen Parteigenossen, die nach dem Statut handeln, also im Gegensatz zu dem Boykottbeschuß den „Vorwärts“ weiterlesen, zahlen und für ihn agitieren, beschloßen die Berliner Organisationen:

„Die Aberkennung der Besnquis, in Zukunft Ehrenämter in der Partei und in ihren Organisationen zu bekleiden.“

Diese tief einschneidende Maßnahme ist nach dem Statut nur auf dem Wege des Ausschlußverfahrens zulässig. Hier werden Parteigenossen in Bausch und Bogen die parteigenössischen Ehrenrechte aberkannt. — In Konsequenz dieses Beschlusses ist man bereits dazu übergegangen, altbewährte Parteigenossen zur Niederlegung ihrer Mandate als Gemeindevertreter usw. zu zwingen.

Zeigt sich so der „Vorwärts“-Boycott nur als die letzte Phase eines lang vorbereiteten Kampfes um seinen Besitz, so nicht weniger die jetzt erfolgte offene Trennung von der Partei als der Schlußakt einer langen Reihe organisatorischer Maßnahmen, die zu Wesen und Geist der Einheitsorganisation in scharfem Gegensatz stehen.

Seit Beginn des Jahres 1915 haben nach der öffentlichen Erklärung Ledebours und Hoffmanns Geheimkonferenzen die Entscheidungen der Berliner Organisation beeinflußt. Ein fester organisatorischer

Zusammenschluß der Berliner Opposition trat mit dem Unterschriften-Flugblatt vom 9. Juni 1915 in öffentliche Tätigkeit. Die Kosten wurden durch Sammlungen zu decken versucht. Ohne Kontrolle durch die Organisation stellten sich Teile derselben in den Dienst dieser Tätigkeit. Zu internationalen Konferenzen der Opposition wurden Delegierte entsandt. Die Gelder dazu sind von der Organisation, angeblich für „Kulturzwecke“ bewilligt. In Rienthal hat der erste Vorsitzende der Groß-Berliner Organisation, Adolf Hoffmann, die feste Absicht der Parteispaltung durch die Erklärung bekundet:

„Wenn wir auf den nationalen Parteitag in der Minderheit bleiben, werden wir die Konsequenzen ziehen.“

Den festen organisatorischen Zusammenschluß aller auf dem Boden der Opposition stehenden Organisationsgruppen im Reich unter Führung der Groß-Berliner Oppositionsleitung forderte die Resolution Luxemburg, die in der Verbandsgeneralversammlung vom 29. Oktober 1916 einem neugebildeten Aktionsausschuß zur Erledigung überwiesen wurde. Im Statut der Groß-Berliner Parteiorganisation hat ein solcher Aktionsausschuß keine Grundlage und über seine besondere Tätigkeit ist keinerlei Bericht an die Mitglieder gelangt.

Jetzt zeigen die Einberufung der Reichskonferenz der Opposition und die von ihr gefassten Beschlüsse, die Erfüllung der in jener Resolution gestellten Forderung.

Die Groß-Berliner Organisationen haben nach dieser Vorarbeit die Reichskonferenz der Opposition offiziell durch Delegierte besichtigt, an ihren Beschlüssen mitgewirkt. Sie sind weiter durch die offizielle Unterzeichnung des Aufrufs der Arbeitsgemeinschaft und die von den Wahlkreisen gebilligte Resolution des Zentralvorstandes für deren Ausführung eingetreten. Ganz so wie das führende Organ der Arbeitsgemeinschaft, die „Leipziger Volkszeitung“, erklärte, daß „die selbstständigen Organisationen der einzelnen Richtungen nebeneinander bestehen bleiben“, so betont auch das offizielle Blatt der Berliner Organisation, das „Mittellungsblatt“ vom 28. Januar 1917, daß aus dieser Krise „die Opposition geschlossen über das Reich hervorgehen müsse“.

Die Stellung der Berliner Organisation ist also völlig klar.

Besonders hinweisen wollen wir noch auf die von den Organisationen zwar nicht beschlossene, von deren Leitungen aber tatsächlich geübte Beitragsperre gegen den Parteivorstand. Sie steht im Widerspruch des Organisationsstatuts und erfolgt, obwohl verschiedene Berliner Wahlvereine über nicht unerhebliche Vermittel verfügen. Sehr bezeichnend hierfür ist die Erklärung, welche der zweite Vorsitzende Groß-Berlins, Karl Leid, im sechsten Wahlkreise abgab, als ein Redner die Beitragsperre forderte:

„So etwas tut man, aber sagt es nicht!“

Nachdem die offene organisatorische Trennung durch die Opposition herbeigeführt worden ist, ist es eine dringende, schnell zu erfüllende Aufgabe des Parteivorstandes, den Parteigenossen in Groß-Berlin die Möglichkeit der weiteren Zugehörigkeit zur Partei zu schaffen. Es muß ihnen schnellstens Gelegenheit gegeben werden, ihre Beiträge an eine Stelle zahlen zu können, die die Verwendung der Parteimittel im Sinne des Parteistatuts sicherstellt.

* * *

Der Parteivorstand hat dieses Schreiben wie folgt beantwortet:

Werte Genossen!

Das von einer großen Anzahl Berliner Parteigenossen an uns gerichtete Schreiben vom 29. Januar 1917 hat dem Parteivorstand vorgelegen.

Unsere Stellung zur Reichs-Sonderkonferenz der Opposition ergibt sich aus dem Beschluß des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917, dem wir zustimmten,

und aus unserm Aufruf: „An die Partei!“ vom 20. Januar 1917. In beiden Kundgebungen wird erklärt: die Sonderkonferenz der Opposition und die von ihr beschlossene Sonderorganisation stehen im Gegensatz zu dem im Parteiprogramm festgelegten einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse; sie sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut der Partei. Organisationen, die sich auf den Boden dieser Konferenz und ihrer Beschlüsse stellen, scheiden damit aus der Gesamtpartei aus.

Der Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins steht zweifellos auf diesem Boden.

Die Berliner Generalversammlung vom 29. Oktober 1916 hat einen besonderen Aktionsausschuß eingesetzt, dem auch die Resolution Luxemburg zur Erledigung überwiesen worden ist. Diese Resolution verlangt den festen organisatorischen Zusammenschluß aller auf dem Boden der Opposition stehenden Organisationen im Reich zu einer Sonderorganisation. Diesem Verlangen hat die Reichs-Sonderkonferenz Rechnung getragen. Der Antriebe zur Schaffung der Sonderorganisation ging also von den Berliner Organisationen aus.

Die Berliner Organisationen waren auf dieser Sonderkonferenz durch offizielle Delegierte vertreten, die im Sinne der gefassten Beschlüsse wirkten.

Nachdem hat sich die Berliner Organisationsleitung mit den Beratungen der Sonderkonferenz solidarisch erklärt. In einer gemeinsamen Kundgebung mit dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft und in einer im Berliner Zentralvorstand beschlossenen Resolution ist das Vorgehen der oppositionellen Gruppen zu rechtfertigen versucht worden.

Dazu kommt ferner die Tatsache, daß die im Bezirksverband Groß-Berlin zusammengeeschlossenen acht Wahlkreisorganisationen im laufenden Geschäftsjahr, also seit 1. April 1916, an die Zentralkasse der Partei keinerlei Beiträge abgeführt haben. Mahnungen durch uns waren bisher fruchtlos, obgleich in dieser Zeit Gelder für die Zwecke der Opposition verwendet worden sind.

Auch hat der Bezirksverband Groß-Berlin beschlossen, den „Vorwärts“, der nach dem Organisationsstatut der Partei, Zentralorgan der Partei und nach dem Statut des Bezirksverbandes Groß-Berlin, Organ der Groß-Berliner Parteiorganisation ist, zu boykottieren und betreibt heute noch diesen auf die Vernichtung des ganzen Zeitungsunternehmens gerichteten Boykott mit allen Mitteln. Die Groß-Berliner Organisationen haben sogar, entgegen den statutarischen Bestimmungen den Genossen, die dieses parteischädigende und statutenwidrige Treiben nicht mitmachen, die Partei-Ehrenrechte abgeprochen.

Es steht sonach fest, daß die Groß-Berliner Parteiorganisationen sich tatsächlich von der Gesamtpartei losgelöst haben und zur neuen Partei der Arbeitsgemeinschaft gehören.

Daraus sind die aus den Beschlüssen des Parteiausschusses und des Parteivorstandes sich ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Wir werden veranlassen, daß für Groß-Berlin gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei Wahlkreisorganisationen geschaffen werden, in denen die Parteigenossen, die der Partei trennbar bleiben und ihre Pflicht gegen die Gesamtpartei erfüllen wollen, sich organisatorisch zusammenschließen können.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.
J. A.: Ebert.

* * *

Die vorstehende Antwort des Parteivorstandes ging dem Genossen Eugen Ernst mit folgendem Beileitschreiben zu:

Berlin, den 31. Januar 1917.

Lieber Genosse Ernst!

Anliegend senden wir Dir unsere Antwort auf das von Dir im Auftrage zahlreicher Groß-Berliner

Parteiengenossen an uns gerichtete Schreiben vom 26. d. M. Du gibst wohl den Mitunterzeichnern von unserer Antwort Kenntnis.

Da Du als früherer langjähriger Vorsitzender der Bezirksorganisation Groß-Berlins mit den Verhältnissen vertraut bist, bitten wir Dich, im Einvernehmen mit uns die Maßnahmen in die Wege zu leiten, die erforderlich sind, um den organisatorischen Zusammenschluß der treu zur Partei stehenden Genossen Groß-Berlins herbeizuführen.

Besten Gruß

Der Parteivorstand.
J. A.: Ebert.

* * *

Ueber die mit diesem Briefwechsel veranstaltete Skomödie braucht nach allem, was vorhergegangen, nicht viel gesagt werden. Das ganze Spiel ist zu unehrlich, zu widersüchlich, als daß man ernstlich darauf eingehen könnte.

Bemerkenswert ist nur die Tatsache, daß am gleichen Tage, an dem dieser Briefwechsel veröffentlicht wurde, dem Verband der Wahlvereine Berlins und Umgegend ein Schreiben des Parteivorstandes zugeing, das sich auf die Abführung der Pflichtbeiträge bezog, und das in der letzten Sitzung des Zentralvorstandes bekanntgegeben wurde. Der Parteivorstand schreibt, daß er dem Antrage, den im Vorjahre über die Pflichtbeiträge hinaus gezahlten Beitrag von 16 000 Mark in diesem Geschäftsjahr anzurechnen, nicht stattgeben könne. Einmal habe der Verband der Aufforderung nach Einreichung der Abrechnungen der Wahlkreise nicht entsprochen, ferner hätten die Klassen der Wahlvereine noch größere Bestände, und schließlich sei der Antrag des Verbandes überhaupt nicht ernst zu nehmen, da der Verband die Beitragsperre zwar nicht formell beschlossen, sie aber tatsächlich durchgeführt habe.

Im Zentralvorstand wurde dargelegt, daß die Wahlkreise bis zum heutigen Tage ihren Verpflichtungen vollkommen nachgekommen sind. Die Wahlkreise entnehmen heute wie seit Jahren ihre Beitragsmarken vom Verband und zahlen für die Beitragsmarke 10 Pfennige.

In diesem Beitrage stecken die 20 Prozent an den P. B. und 5 Prozent an die Verbandskasse. Infolge der schlechter werdenden Klassenverhältnisse durch den Krieg und infolge der finanziellen Miswirtschaft des früheren geschäftsführenden Ausschusses, mußten die Mittel des Verbandes ausschließlich zur Besetzung der Einrichtung des Verbandes benutzt werden. Daran ändert auch nichts die Einsendung der Abrechnungen der einzelnen Wahlkreise und auch nicht die Klassenbestände der Kreise, die übrigens sehr minimal sind. An die Tatsache, daß die Kreisorganisationen ihre Parteipflichten bis zur Stunde erfüllt haben, ist nicht zu rütteln. Daß der Parteivorstand den Antrags des Berliner Verbandes sachlich prüfen würde, nachdem die Berliner Genossen seit Jahr und Tag in scharfen politischen Gegensatz zu ihm stehen, angesichts der vom P. B. geübten, sich ständig steigenden Gewaltpolitik, das haben die Genossen vom P. B. nicht mehr erwartet. Wozu ist der P. B. nicht fähig. Der Zentralvorstand hält eine Beantwortung des Schreibens des P. B. für überflüssig, da mit diesem P. B. jede Verbindung, und sei es auch nur eine schriftliche, als abgebrochen zu betrachten sei. Nur, um den Partei-

genossen zu zeigen, wie weit es gekommen ist, ist auf den Inhalt des Schreibens des P. B. an dieser Stelle sachlich eingegangen.

Eine bedeutungsvolle Entschliebung.

Die Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 11. Februar, bei Obligo eine Generalversammlung ab, die für die Berliner Parteibewegung entscheidende Beschlüsse faßte. Einleitend teilte der Vorsitzende, Genosse Adolf Hoffmann, mit, daß die Berliner Kreise den Beschluß gefaßt hätten, die „Gleichheit“ für die weiblichen Mitglieder obligatorisch einzuführen unter Erhöhung des Beitrages um monatlich 10 Pf. Hoffentlich trägt dieser Beschluß dazu bei, das treffliche Organ des internationalen Sozialismus uns zu erhalten trotz aller Mächtigkeiten der Mehrheitsseite. Darauf beleuchtete Genosse Haase die jetzige Situation. „Wie steht es um die Partei?“ lautete die Frage, die der Redner in eingehender Weise beantwortete. Die Partei sei gespalten, gespalten vom Parteivorstand, der die Pflicht hatte, die Einheit der Partei zu wahren. Wie ist das gekommen? Genosse Haase will im Augenblick nicht auf alle die politischen Ereignisse eingehen seit dem 4. August, die allen Genossen hinreichend bekannt sind, sondern anknüpfen an die Reichskonferenz, die der Parteivorstand einberufen hatte. Damals glaubte der Parteivorstand es mit einem kleinen „Grüppchen von Quertreibern“ zu tun zu haben, mußte aber zu seiner eigenen Ueberraschung erleben, daß er eine Opposition vor sich hatte, die bereits zu einer Macht angewachsen war und der er nicht so kurzerhand Herr werden konnte. Noch zauderte der Parteivorstand; noch wußte er nicht recht, was er tun sollte. Schließlich aber kam ihm doch die Ueberzeugung, sich sobald wie möglich freizumachen von dieser Opposition, wenn anders es nicht um seine ganze Machtposition ein für allemal geschehen sein sollte. Der Parteivorstand häufte Gewalttat auf Gewalttat; so skandalöser Art, wie sie in der Geschichte der Partei wie im politischen Leben nicht erhört waren. Und alles, was von oppositioneller Seite demgegenüber geschah an Abwehrmaßnahmen, ist schon dadurch allein vollkommen gerechtfertigt. Auch dem Vorwärts gegenüber, der im Gegensatz zu früher heute selbst von den Blättern im Auslande, auch den Parteiblättern, nur noch als ein Sprachrohr der Regierung angesehen wird.

Und auch die Oppositionskonferenz war vollständig gerechtfertigt, da sie innerhalb des Rahmens der Partei sich ihre Agitations- und Aufklärungsarbeit gesteckt hatte mit dem Ziel, den Kampf der Geister auf dem Parteitag ausfechten zu können. Diese Taktik sei von manchen Genossen bemängelt worden als eine Taktik des Zauderns und der Lauheit. Wie richtig sie aber gewesen sei, das bewiesen die Äußerungen der Mitglieder des Parteivorstandes, die diese Taktik als eine unehrliche hinzustellen suchten. Das sei nur der

Ausbruch des Mergers darüber, daß die Opposition ihnen das Leben so sauer wie möglich machte, weil sie nicht von vornherein der Partei den Rücken kehrte und gerade dadurch dem Kampfe ausweichen wäre.

Genossinnen und Genossen! sagte der Redner, eine neue Partei zu gründen, lehnen wir ab! Wir haben kein Recht, ein solches zu tun, solange Hunderttausende von Parteigenossen draußen ihr Leben in die Schanze schlagen und nicht in der Lage sind, ihre Meinung in die Wagschale werfen zu können. Wir brauchen aber auch deswegen keine neue Partei zu gründen, weil wir es sind, die die alten sozialistischen Grundsätze festhalten und weil die andern es sind, die diese Grundsätze mit Füßen getreten haben. An einzelnen Beispielen zeigte Redner, wie Ehre und Würde der Partei zum Teufel gegangen sind. Nie wäre es einem Bebel, einem Wilhelm Liebknecht, einem Auer eingefallen, bei Beratung des Sozialistengesetzes eine Verbesserung des Gesetzes zu erblicken in dem Zugeständnis, daß bei Ausführung dieses Gesetzes ein Sozialdemokrat in bestimmten Körperschaften gnädigst gehört werde, wie das bei Beratung des Hilfsdienstgesetzes von den Gewerkschaften als eine große Errungenschaft gefeiert worden ist. Auf der schiefen Bahn, die von der Mehrheit der Reichstagsfraktion betreten worden sei, gäbe es kein Halten mehr. Was sei nicht alles als Staatsnotwendigkeit von diesen „Sozialisten“ angesehen worden? Es ist kein Zweifel. Von solchen Anschauungen trenne uns eine Welt. Es gälte jetzt in der Partei ein Ringen um die Macht. Und wenn in diesem Ringen zurzeit die Kräfte auch ungleich verteilt seien, da jene in der Sonne und wir im Schatten sitzen, so kann es jetzt keine andere Wahl mehr geben als engen festen Zusammenschluß aller oppositionellen Elemente zum Kampfe gegen den Nationalismus und gegen den Imperialismus für den Sozialismus und für die Demokratie!

Eine Diskussion über den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende gab der Versammlung Kenntnis von einem an die Genossen des Reichs gerichteten Aufruf der Arbeitsgemeinschaft, der einen festen Zusammenschluß der Opposition fordert und zu diesem Zweck die Einberufung einer Konferenz vorschlägt. Die Generalversammlung stimmte dem Aufrufe einhellig zu und nahm außerdem folgende Entschliessung des Zentralvorstandes einstimmig an:

„Die Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin erklärt die Gründung von Gegenorganisationen gegen die rechtmäßigen Wahlkreisorganisationen als Maßnahmen, die die organisatorische Festlegung der antisozialistischen und imperialistischen Politik des Vorstandes und der Fraktion darstellen und die Zertrümmerungstätigkeit des Parteivorstandes krönen. Durch dieses Vorgehen hat sich der Parteivorstand und seine Gefolgschaft in gleiche Kampffront gestellt, in der die Gegner des Sozialismus und der Demokratie stehen.

Aus diesen Gründen erklärt sich die Verbands-Generalversammlung einverstanden mit der im Aufrufe des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vom 8. Februar d. J. enthaltenen Aufforderung zu einem organisatorischen Zusammenschluß aller vom Parteivorstand vergewaltigten Organisationen und Genossen und beauftragt die Verbandsleitung, die notwendigen Schritte zu tun, damit die Berliner Wahlkreisorganisationen dieser Aufforderung nach jeder Richtung hin entsprechen.

Ueber die organisatorische Form des Zusammenschlusses der Opposition und die Art der einheitlich-politischen Tätigkeit hat die aus Vertretern aller vom Parteivorstand entrechteten Kreise bestehende Konferenz nach den Grundsätzen der Demokratie zu entscheiden.“

Zum Schluß machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß es noch nicht gelungen sei, die Schwierigkeiten in der Preßfrage zu überwinden. Die Genossen mögen Geduld haben, wie das auch in sozialistengesetzlicher Zeit der Fall gewesen sei. Aber dieser Krieg werde auch einmal zu Ende gehen, dann erfolge die gründliche Abrechnung. Für heute aber gelte es schon zu handeln. Der Worte seien genug gewechselt. Nun ans Werk!

Die Versammlung nahm einen guten Verlauf. Die Genossen Berlins werden auch in dieser schweren Zeit ihren Mann stehen und fest entschlossen vorwärtsgehen, komme was da wolle.

Wie die Parteeinheit gewahrt wird!

In den einzelnen Kreisen haben die Parteivorstandsanhänger ihre Getreuen zusammengetrommelt und sogenannte Wahlvereine gegründet, die sich aus den Disfunktionsklütern zusammensetzen. Im ersten Kreise ist das geschehen, über den zweiten Kreis haben wir schon berichtet. Im 3. Kreise hat sich Genosse Pohl zum Vorsitzenden hergegeben. Wie es im vierten Kreise steht, geht aus folgendem Anschreiben des alten Wahlvereins an seine Mitglieder hervor:

Berlin, den 13. Februar 1917.

Werte Genossen!

Unter falscher Flagge haben Angestellte aus der Arbeiterbewegung am Freitag, den 9. Februar im Gewerkschaftshaus einen Sozialdemokratischen Verein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis begründet. Dieser Verein soll den Zweck haben, den alten, im Jahre 1896 begründeten Sozialdemokratischen Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis zu nichte zu machen!

Diese Herren Angehörige gehen auf Bauernfang aus. In dem falschen Sozialdemokratischen Verein fungieren als Vorsitzende der Stadtverordnete und Angestellte des „Vorwärts“ Wilhelm Mann und der Angestellte des Textilarbeiter-Verbandes Karl Klingler.

Dieser falsche Wahlverein vertritt nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die Interessen der Regierung, der Junker, der Imperialisten und

unterstützt die Schutzzoll- und indirekten Steuerpolitiker und steht auf nationalistischem Boden! Er unterstützt die Militaristen und Kriegsheer und handelt so gegen die Interessen des arbeitenden Volkes!

Kein denkender Arbeiter darf deshalb diesen sich unter falscher Flagge aufgetanen Verein angehören!

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Genosse und jede Genossin sind es ihrer Ehre schuldig, der Organisation des Wahlvereins des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, in dem Genosse Paul Hoffmann Vorsitzender ist, die Treue zu bewahren."

Wie es im 6. Kreise bestellt ist, haben wir bereits in der letzten Nummer des Mitteilungsblattes dargelegt. Aus Teltow-Beeskow ist nichts Neues zu berichten, als daß die Thurow-Grogersche Sonderorganisation alles aufnimmt, was in sie hineingezwängt wird. Auch in Niederbarnim gibt es eine Hand voll Leute, die sich zu einer neuen Organisation unter Vorsitz eines Hermann Müller aus Lichtenberg zusammengeschlossen haben. Braun vom P. B. hielt seinen Spruch über die Parteierzürer und tut sich und seinen Durchhaltekollegen Hänisch Vertrauensvoten ausstellen, daß sie die „richtigen“ Vertreter im Landtage seien. Sie sind allerdings die „richtigen“ Vertreter. Lange werden sie dieses Spiel nicht mehr schieben können.

Unsere Genossen erwarten aber in allen Kreisen die Pflicht, sich um ihre Organisation zu scharen und allen Versuchen der Parteivorstandsstrabanten auf Dezimierung unserer alten Organisation zuschanden zu machen.

Sechs Viertel im 4. Kreise haben am 6. Februar gemeinsamen Zahlabend abgehalten und folgende Resolution beschlossen:

„In dem heute am 6. Februar 1917 tagenden gemeinschaftlichen Zahlabend erklären die Parteigenossen, daß dem Partei-Ausschuß sowie dem Parteivorstand kein Recht zusteht, uns aus der sozialdemokratischen Partei hinauszuerwerfen.

Der Hinauswurf kann nur erfolgen gegen Ehrlose, gegen diejenigen, die gegen die sozialdemokratischen Grundsätze und gegen das Parteiprogramm verstoßen, beides trifft auf uns nicht zu. Eine solche Entscheidung kann auch nur der Parteitag treffen.

Wir bleiben trotz des Parteivorstandes was wir waren, internationale Sozialdemokraten, die auch während des Krieges ihre Grundsätze nicht verleugnen.

Nachdem nun weiter der Parteivorstand vom 2. Februar cr. das offizielle Signal zu Sonderorganisationen auch für Groß-Berlin gegeben hat, auch hier die Organisation zerstört, weil sie der Regierungspolitik des Parteivorstandes nicht folgt, erwarten wir von der Vertretung der Groß-Berliner Parteioorganisation, die auf dem Boden der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft steht, geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen, um die Parteigenossen, die den sozialistischen Grundsätzen und ihre Lehre treu geblieben sind, enger zusammenzufassen, um den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse weiter zu führen.

Aus dem Bezirk Brandenburg.

Man schreibt uns:

Arme Textilarbeiter mit lärglichen Löhnen, die durch den Krieg und seinen Folgeerscheinungen arbeitslos sind oder weniger verdienen noch als früher, bilden den Stamm der treuen Genossen, die unermüdet die Wahlarbeit 1912 für „ihren“ Siebel im Koitbusser Kreise erledigten und stolz auf ihren Wahlerfolg waren, heute aber mit der Haltung ihres Abgeordneten nicht zufrieden sind und sich deshalb einen Redner mit anderen Anschauungen für eine Versammlung leisten wollten. Dagegen hegte der Kreisvorsitz finanzielle Bedenken, empfahl dafür ihren „bewährten“ Siebel, und da eine Einigung nicht zu erzielen war, fand zwei Jahre keine größere Versammlung statt.

Der Kreisvorsitz hat zwar seine nächsten Funktionäre fest an der Strippe, aber die Mitglieder waren zu widerpenfzig, so schloß die Bewegung bald ganz ein. Im Kreise dagegen regte sich die Bewegung gegen die Instanzenpolitik immer mächtiger und gab auch den Laufiger Textilarbeitern neuen Anstoß, Zusammenkünfte fanden statt, an Stelle des strammen Mehrheitsvorsitzenden der Ortsgruppe wurde ein Genosse der Minderheit gewählt und auch die Verbindung mit der benachbarten Ortsgruppe aufgenommen. Kurze Zeit vorher sagte Siebel noch höhnisch dem Vorsitzenden der Textilarbeiter, Jüdel, wegen seines politischen Standpunktes: „Deine Mitglieder in meinem Kreise denken ganz anders wie Du.“ Er hatte ja keine Ahnung, wie es unten in seinem Kreise ausjah, und als endlich am 3. September 1916 eine Versammlung der Spremberger und Stamer Genossen stattfand, mühte sich der Reichstagsabgeordnete Siebel 3½ Stunde mit Aufgebot aller Lungenkraft und unter Vorbringang aller nur möglichen Zitate ab, seinen alleinigmachenden Standpunkt zu beweisen und die Minderheit in Grund und Boden zu verdonnern, mit dem Ergebnis, daß die Mitglieder sich sehr gelangweilt fühlten, keine Hand und keine Lippe dankte ihm, und auch der Koitbusser Stamm vom Kreisvorsitz mußte ein ähnliches Gefühl haben, denn er vergaß, das Zeichen zum Klatschen zu geben. Den Standpunkt der Minderheit vertrat darauf Reichstagsabgeordneter Kysfel, der sich in seinen Ausführungen zwar wesentlich kürzer hielt, aber vollen Beifall der Anwesenden erntete.

Zur Reichskonferenz präferierte der Kreisvorsitz einen „Mann aus der Berliatt“, hatte sich aber einen strammen Mehrheitskandidaten ausgesucht, und stieß dabei auf starken Widerspruch bei den Mitgliedern in Spremberg und Stamen, die einen eignen Kandidaten vorschlugen und die Wahl zwischen beiden Vorgesetzten durch die Mitgliedschaften verlangten, nur infolge der ungenügenden Vorbereitung unterlag leider der Spremberger Genosse mit einigen Stimmen. Dieser Fehlschlag konnte die rührigen Genossen nicht entmutigen, ein reges Versammlungsleben setzte ein und zur Konferenz der Opposition am 7. Januar sandten die Stamer Genossen einen eignen Delegierten. Redakteur Barthels konnte sich kaum fassen, ob dieser Disziplinwidrigkeit, in der ihm eignen das Gemüt und die Tränenquellen kitzelnden Weise appellierte er in zweifündiger Rede an die anwesenden Genossinnen, der Mehrheit recht zu geben. Die Polzeistunde ließ diese Versammlung ohne Resultat beenden, aber Freund Barthels versprach, zur nächsten Versammlung wieder nach Stamen zu kommen, um auch die an ihn gerichteten Fragen noch zu beantworten.

80 Genossen und Genossinnen von Spremberg und Stamen waren am 28. Januar versammelt, leider kam der Redakteur nicht, statt dessen mit einiger Verspätung der Kreisvorsitzende, Genosse Schadow, der in seinem Bericht über die Vorstehenden-Konferenz der Provinz Brandenburg den Faden der letzten Versammlung weiterspann und die ganze Opposition in Grund und Boden verurteilte. Er erwähnte zwar, daß diese mehrere Richtungen hat, konnte aber nicht die verschiedenen Anträge derselben von der Konferenz am 7. Januar nicht auseinanderhalten,

und so galt für ihn als ausgemacht, daß eine neue Organisation gegründet sei, er hatte die Sammelkarte für Beiträge selbst in der Hand gehabt. Besondere Gegenkandidaten werden von der Opposition aufgestellt, 10 Minuten vorher hatte er aber den Beschluß des Bezirks Brandenburg berichtet, dem Gen. Mehring in Potsdam-Nst-Havelland einen Kandidaten der Mehrheit entgegenzustellen, um den „Burgfrieden“ zu wahren. Daß Genosse Schadow an der Arbeitsgemeinschaft Kritik übe, ist sein gutes Recht, daß er aber falsche Behauptungen aufstellte, entsprang nur seiner selbstherrlichen Meinung, die „Mehrheit hat Recht!“ Für die Kriegsnotie hat die Arbeitsgemeinschaft vollständig versagt, sogar gegen die Kriegssteuern gestimmt, die Verbindung mit der Internationale nicht hergestellt, und ganz übersehen, daß in Frankreich und England Sozialdemokraten Minister sind. Armer Kreisvorsitzender! Derbe Zwischenrufe der Frauen und die Ausführungen der Genossen vom Orte bewiesen Dir, daß hier Reden dieser Art keinen Widerhall finden. Als aber der gleichzeitig anwesende Reichstagsabgeordnete Nyffel dann die falschen Behauptungen zerpflichte, die Taten der Mehrheit im Reichstag beleuchtete und mit interessanten Details belegte, da wars um Schadows Ruhe geschehen, er griff nach Hut und Mantel, weil er den Zug nicht veräumen konnte. Trotzdem Gen. Nyffel seine Ausführungen sofort abbrach, um ihm Gelegenheit zur Entgegnung zu geben, und alle Mitglieder sein Weiben forderten, er könne ja hier übernachten, verließ der Kreisvorsitzende die ungasfliche Stätte mit der Behauptung, das seine eingefädelte Manöver durchschaut zu haben, in der nächsten Versammlung wollte er das Gesagte schon richtig stellen.

Die Genossen entschieden aber, heute endgültig zur Beschlußfassung zu kommen, da in der September-Versammlung die eingebrachte Resolution im Sinne der Minderheit damals vom Büro zurückgewiesen wurde, weil vorher vereinbart war, keine Entschliebung zu fassen. Im Versammlungsbericht hieß es damals, die Resolution sei wieder zurückgezogen worden, dieser Zweideutigkeit nicht wieder ausgefetzt zu werden, wurde die folgende Resolution eingebracht und gegen drei Stimmen angenommen:

Die Versammlung billigt die Haltung der Soz. Arbeitsgemeinschaft. Nicht die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gespalten, sondern deren Mehrheit hat durch ihr undemokratisches Vorgehen die Minderheit gezwungen, sich zu einer eigenen Fraktion zusammenzuschließen, um die Anschauung der Opposition auch im Reichstage zum Ausdruck bringen zu können.

Ebenso billigen wir die Zusammenkunft der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit den auf dem Boden des Parteiprogramms und Statuts stehenden Genossen, die mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht einverstanden sind. Zu einer solchen Aussprache mit Gefinnungs-genossen war die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft berechtigt, denn der Krieg macht die Abhaltung eines Parteitagess unmöglich und bindende Beschlüsse über die Haltung der Partei können allein Parteitage fassen.

Während also die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sich streng auf dem Boden des Parteiprogramms und Statuts bewegt, hat der Parteivorstand wiederholt, so u. a. beim Vorwärtskonflikt, sich Rechte angemast, die ihm nach dem Statut nicht zustehen.

Die Besprechung, die die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mit Parteigenossen der Opposition am 7. Januar dieses Jahres abhielt, hatte nicht den Zweck, eine Sonderorganisation zu schaffen, sondern innerhalb der Partei den alten Grundsätzen zum Sieg zu verhelfen. Wenn der Parteivorstand dieses Zusammenhalten als Sonderorganisation erklärt, so widerspricht er damit dem Wortlaut und Sinn des Parteistatuts und es ist daher vollkommen hinfällig, wenn er erklärt, daß die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft

und ihre Anhänger sich selbst von der Partei getrennt haben.“

Die Versammlung erklärt, daß sie das Vorgehen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft billigt und erwartet, daß alle wirklich auf dem Boden des Parteiprogramms stehenden Genossen nach wie vor für das Wachsen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eintreten und sie in jeder Hinsicht unterstützen werden.

Damit haben die Genossen ihren Standpunkt klar gezeichnet, nun kann der Kreisvorstand tun, was ihm der Parteivorstand und Ausschuß geraten, ohne zu sagen, wie es gemacht worden soll. Die Spremberger und Stamener Genossen werden aber gründlich prüfen, ob sich die Instanzen genau so peinlich an das Organisationsstatut halten, wie der Kreisvorstand mit Recht verlangt, daß die Bestimmungen des Kreisstatuts eingehalten werden.

Und Genosse Nyffel hat besonders auf die Bestimmungen des Org.-Statuts §§ 26—29 hingewiesen, die Schutz gegen Vergewaltigungen bieten, Schiedsrichter vorsehen und den Parteitag als letzte Instanz bedingen. Bis dahin: Auf zur weiteren Arbeit im Kreise Kottbus—Spremberg!

Zur Landtags-Ersatzwahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk.

Am Mittwoch, den 21. Februar, finden im 11. Berliner Landtagswahlbezirk die Wahlmänner-Ersatzwahlen statt. Es sind 268 Wahlmänner neu zu wählen. Die Genossen des Landtagswahlbezirks haben in einer ausgezeichnet besuchten Versammlung am 13. Februar in den Pharusälen den Genossen

Dr. Franz Mehring

einmütig als Kandidaten aufgestellt. Sie entsprechen damit gleichzeitig einem Wunsche ihres bisherigen Abgeordneten Carl Liebknecht, der nicht nur schwere Zuchthausstrafe auf sich genommen hat, sondern dem auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind. Die Versammelten haben gelobt, alles zu tun, um Genossen Dr. Mehring zum Siege zu verhelfen und durch diese Wahl ihre Meinung über Liebknecht zum Ausdruck zu bringen.

Es gilt jetzt für die Wahl von Wahlmännern zu wirken, die sich auf die Wahl des Genossen Mehring verpflichten. Es sind falsche Freunde am Werke, die Wahlmänner empfehlen, welche für einen Regierungssozialisten, für einen Durchhaltepolitiker, den Vorsitzenden des Eisenbahnerverbandes, stimmen wollen.

Es wäre eine Schändung unseres bisherigen Abgeordneten Liebknecht, wenn dieser Regierungssozialist auch nur eine nennenswerte Anzahl Stimmen auf sich vereinigte. Das darf nicht sein! Die Genossen müssen auf der Hut sein!

Es müssen aber alle Kräfte eingesetzt werden, damit unsere Wahlmänner auch gewählt werden. Zu diesem Zwecke müssen die Genossen des 6. Kreises im 11. Landtagswahlbezirk mithelfen bis zur Wahl wie am Wahltage selbst.

Die Genossinnen können insbesondere am Wahltage als Stimmzettelervertigerinnen tätig sein! —

*

Zur Wahlarbeit melden sich die Genossen des Kreises Sonntag früh in folgenden Lokalen:

Krause, Tegelerstraße 23 (16. Abteilung).

Schade, Kößlinerstraße 9 (17. Abteilung).

Fritsch, Drontheimerstraße 4 (19. Abteilung).

Glawe, Liebenwalderstraße 4 (20. Abteilung).

Geise, Brüsselerstraße 25 (21. Abteilung).

Tauschel, Kamerunerstraße 53 (23. Abteilung).

Am Tage der Wahl am 21. Februar wollen sich die Helfer und Helferinnen früh 8 Uhr zum Zwecke der Verteilung nach den einzelnen Wahllokalen in den obengenannten Lokalen einfinden. Besonders ergeht die Bitte um Wahlhilfe an unsere Genossinnen, auf deren Mithilfe vor allem bestimmt gerechnet wird.

Genossinnen und Genossen, die sich am Nachmittag zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich um 1 Uhr in den obengenannten Lokalen zu melden. Jede Kraft wird gebraucht!

Zur Wahl in Ost-Havelland.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Ost-Havelland ist auf den 14. März festgesetzt. Die Genossen rechnen auf die tatkräftige Mithilfe der Berliner Genossen. Die erste Flugblätterverbreitung findet voraussichtlich bereits am Sonntag, den 18. Februar, statt. Das Wahlkomitee hat sein Büro in Berlin, Ackerstraße 20, aufgeschlagen. Die Adresse des Komitees ist: **Wilh. Staab, Berlin N., Ackerstraße 20, Restaurant Beseler.** Telefon Norden 3168.

Die Vorgänge im Reiche.

In Hamburg hat das „Echo“ durch seine anti-sozialistische Haltung die Partei korumpiert. Zwar erhebt auch dort die Opposition ihr Haupt, aber die Instanzen haben sich so mit Stachelndraht umgeben, daß man ihnen so leicht nichts anhaben kann. Die oppositionellen Genossen mehren sich auch hier an Zahl. Vorige Woche hat die Parteivertretung von Hamburg sich auf den Boden der Parteivorstandsproklamation gestellt, was bei der in Hamburg betriebenen Agitation eines Stolzen, Stubbe und Konsorten nicht anders zu erwarten war. „Hamburg steht fest zur Partei“, jubelte der „Vorwärts“. Wie lange noch? Fragen wir. — In Sachsen hat der Landesvorstand (Sindermann, Braune, Uhlitz) eine neue Sitzung des Landesvorstandes mit den Bezirksvorständen einberufen unter Ausschluß des Bezirksvorstandes Leipzig, des Vorstandes des 12. und 13. sächsischen Wahlkreises, der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“, der Abgeordneten Gener, Rykel und Seeger. In dieser neuen so gefieberten Konferenz kam die Trennung in Sachsen endgültig zustande. Man vetonierte für Parteivorstand und Parteiausschuß. Der Kampf wird nunmehr erst recht entbrennen.

In Bayern will man die äußere Trennung vermeiden.

In einem Artikel in der „Fränkischen Tagespost“ über „Der Parteistreit und die Sozialdemokratie in Bayern“ legt der Verfasser dar, daß die Einheit der Partei wenigstens in Bayern erhalten werden müsse. Allen Gliedern und Organen der Partei müsse in derselben eine Heimstätte gesichert bleiben. Man solle Meinungsverschiedenheiten in der Partei duldsam tragen und jede Spaltung abwehren.

Aus Danzig wird uns berichtet: Am 5. Febr. fand hier die ausschlaggebende Versammlung des Wahlvereins statt. Da die hiesigen Minderheitsanhänger keinen gewandten Redner unter sich haben, hatten sie dafür geforgt, daß der Genosse Henke-Bremen dem Referenten Bezirkssekretär Gehl als Korreferent entgegentreten sollte.

Vor Beginn der Versammlung forderte der Vorsitzende Sellin Henke zum Verlassen des Saales auf,

im andern Falle die Polizei eingreifen werde. Heute verließ den Saal, worauf ein Antrag eingereicht wurde, heute als Korreferenten zugelassen und Referenten wie Korreferenten je $\frac{1}{4}$ Stunde Redezeit zu gewähren. Gehl wehrte sich mit Händen und Füßen gegen die Zulassung von Henke; alle Mienen lieh er springen; von Bartel unterstützt. Dabei kam es Gehl auf eine kleine Denunziation gar nicht an. Er behauptete, Henke sei schon seit Sonntag in Danzig und habe bereits eine Versammlung der Minderheit abgehalten ohne die notwendige Anmeldung, was von dem überwachenden Beamten pflichtschuldigst notiert wurde. Mit 85 gegen 78 Stimmen wurde der Antrag auf Zulassung Henkes abgelehnt, der Rest der Genossen — es waren zirka 230 anwesend — enthielt sich der Stimme. Dann zog Gehl alle Register und zeigte die Schlechtigkeit der Opposition. Nach Schluß der Philippika Gehls wurde beschlossen, den Diskussionsrednern 5 Minuten Redezeit zu gewähren. Zwei Redner der Mehrheit gaben ihren Senf zu den Ausführungen Gehls. Von der Minderheit konnten drei Redner nur die allergrößten Entstellungen richtig stellen. Die Abstimmung ergab 107 für Mehrheit, 52 Minderheit und 70—80 Enthaltungen. Dies Resultat war zweifelhaft, ein Protest wurde unbeachtet gelassen. Noch ehe die Danziger Volkswacht erschien, was das Resultat bereits in der bürgerlichen Presse zu lesen.

In Verfolg dieses Beschlusses richtete der Vorsitzende des Wahlvereins folgendes Schreiben an die Vertrauensmänner:

Danzig, 8. Februar 1917.

Stempel.

Werter Genosse!

Nachdem die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt sich mit großer Mehrheit mit den Beschlüssen des Parteiausschusses einverstanden erklärt und damit zum Ausdruck gebracht hat, daß die Genossen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben können, werden Sie hierdurch ersucht, bis Montag, den 12. Februar, sich beim Unterzeichneten dahin schriftlich zu erklären, ob Sie bei der Gesamtpartei bleiben wollen. Sollten Sie bis dahin sich nicht erklärt haben, so nehmen wir an, daß Sie der Organisation der Opposition angehören. In diesem Falle ersuchen wir, das etwa in Ihrem Besitz befindliche Material der Partei am Dienstag, den 13., spätestens Mittwoch, den 14. Februar 1917 an den Gen. Gehl, 4. Damm 7, in der Zeit von 4 bis 8 Uhr nachmittags abzuliefern.

Mit Parteigruß

Der Vorstand.

(gez.) J. A.: Eugen Sellin.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

Der Aufruf des Parteivorstandes hat auch die Vorstände der Bezirke und Kreise von Schleswig-Holstein und des Fürstentums Lübeck auf den Plan gerufen. Eine Erklärung, wie man sie schamloser sich kaum denken kann, hat man losgelassen. Man erklärt im Anfang, daß die Genossen bei Ausbruch des Krieges die Exekutivgewalt auf diese Körperschaft übertragen haben und somit das rechtskräftig ist, was von dieser Instanzenclique verordnet wird. Nach der Erklärung soll jeder seine Mitgliedschaft in der alten Partei verwirkt haben, der auf dem Boden der Oppositionsbeschlüsse steht, der Flugschriften verbreitet, Gelder für Zwecke der Opposition hergibt, ja sogar, wer es wagt, Anträge zu stellen, um oppositionelle Beschlüsse zu fassen. Trotz alledem heißt es aber, soll die Meinungsfreiheit, das Recht der freien Rede geachtet werden. Wer obengeschilderte Handlungen begeht, soll damit seinen freiwilligen Austritt erklärt haben, damit er es aber auch ja weiß, daß er freiwillig ausgeschieden ist, soll ihm der freiwillige Austritt vom Vorstand beschienigt werden. Als Antwort auf diese Erklärung zirkuliert unter der

Kieler Arbeiterschaft eine Protestresolution, die zur Zeit, in der diese Zeilen geschrieben werden, bereits 781 Unterschriften auf sich vereinigt. Es werden in dieser Resolution die Genossen zur Solidarität mit den Gemäßigten aufgefordert und wir können mitteilen, daß die Kieler Arbeiterschaft sich nicht auf einen Protest beschränken will, sondern der Überzeugung ist, daß der Macht der Mehrheit eine organisierte Macht der Minderheit entgegenzusetzen werden muß. Die Vorarbeiten sind in Angriff genommen und die Stimmung unter den Genossen berechtigt zu den besten Erwartungen. In dem Nachbarorte Friedrichsoltzenau haben sich die Genossen durch Versammlungsbeschlüsse gegen nur 2 Stimmen für die Opposition erklärt, und damit, nach dem Beschluß der Vorstände und Bezirke, den Ortsverein freiwillig aus der Gesamtpartei abgemeldet.

Auf diese Weise wird jetzt im Reiche für die Parteinheit gewirkt.

Aus den Berliner Gewerkschaften.

Eine Branchenversammlung der Maschinen-, Motor- und Autohändler nahm am 4. Februar nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Dittmann über das Hilfsdienstgesetz Stellung zu demselben und beschloß einstimmig folgende Resolution:

„Die Berliner Maschinen-, Motor- und Autohändler nehmen Stellung zum Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst. Sie erklären sich mit der Stellungnahme ihrer Vertrauensleute in der Generalversammlung vom 26. November 1916 einverstanden. Auch sie erblicken in dem Gesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, welches durch keine Schutzbestimmung seines Charakters entkleidet werden kann. Sie verurteilen die Haltung der Generalkommission und der Zentralvorstände aufs schärfste. Pflicht derselben war es, die Preisgabe der wichtigsten Arbeiterrechte mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu verhindern. Schon das kurze Bestehen des Gesetzes hat dieser Entschliebung Recht gegeben. Die Versammlung erklärt weiter, daß diejenigen Vertreter der Arbeiter, die im Reichstag diesem Gesetz ihre Zustimmung gaben, oder gar vorher mit der Regierung dieses Gesetzes vorbereiteten, das Vertrauen der Versammelten nicht mehr beanspruchen können. Dagegen spricht die Versammlung den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft für ihre Tätigkeit bei Beratung des Gesetzes und für die Ablehnung desselben ihre Zustimmung und Anerkennung aus. Auch nimmt die Versammlung Kenntnis von dem Schreiben der Generalkommission an den Reichskanzler und den Leiter des Kriegsamt. Sie erklärt, daß die Generalkommission diesen Schritt unternommen hat, ohne die Mitglieder vorher zu fragen, daß diese Eingabe in schärfstem Widerspruch mit der Stellungnahme der Berliner Metallarbeiter vom 26. November 1916 steht. Die Versammelten erheben gegen diese Eingabe den allerstärksten Protest.

Die Versammlung nimmt Stellung zur Lebensmittelfrage. Sie erklärt, daß es unmöglich ist, bei der heutigen Ernährungsweise die verlangte Arbeitsleistung zu vollbringen. Wenn die Regierung nicht bald den landwirtschaftlichen Produktionszwang, sowie eine gerechte Verteilung der Lebensmittel anordnet, hat sie den unausbleiblichen Rückgang sowie eintretende Stodung selbst verschuldet.“

Der **Fabrikarbeiterverband** (Filiale Berlin) hielt am 28. Januar seine Generalversammlung ab, in der der Verbandsvorsitzende Bredy-Hannover über „die Gewerkschaften während des Krieges“ sprach und dabei die Politik der Fraktionsmehrheit vertrat. Bei den Mitgliedern fanden Bredy's Ausführungen keine Gegenliebe, im Gegenteil, sie lösten stürmischen Widerspruch aus.

In einer Resolution protestierte die Versammlung gegen den Aufruf der Generalkommission und des Parteivorstandes vom 18. September 1916 (Anstiftungsblatt), erklärte, Generalkommission und Verband

hätten durch Preisgabe schwer erkämpfter Rechte und durch Auslieferung der Kollegen an das Unternehmertum in entscheidender Zeit die Fahne verlassen, in dessen Angelegenheit sich die Gunst derer zu erschmeicheln suchen, mit denen die Arbeiter sonst in scharfer Fehde standen. Diese Taktik habe schon Tausende veranlaßt, der Organisation den Rücken zu kehren. Die Versammlung erwarte von der Generalkommission und dem Verband die Rückkehr zur alten bewährten Taktik, damit die Bewegung nicht noch völlig zerrissen werde.

Die Versammlung verurteilte auch entschieden die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz, das eine Handhabe biete zur Lohnrückerei, zur Behinderung der Freizügigkeit und zur Beseitigung des Koalitionsrechts. Die Versammlung erwarte, daß sich die Führer der Gewerkschaften im Reichstage die Taktik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu eigen machen.

Die Versammlung sprach ferner ihre Sympathie aus für die in Schubhaft und Gefängnis befindlichen Genossen und erwartet von den gewerkschaftlichen Körperschaften, daß sie alles versuchen, den Krieg zu beenden und einen ehrenvollen Frieden herbeizuführen.

Der „Vorwärts“ verschweigt wie immer solche Beschlüsse.

Aus den Organisationen.

2. Wahlkreis. Der Kassierer des 2. Wahlkreises ist Genosse **Julius Moses** und wohnt **Blücherstraße 37 a** (Laden).

Treptow-Baumhulenweg. Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Lichtspielhaus in Baumhulenweg, Baumhulenstraße 78 (früher Speers Festsäle) Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbands-Generalversammlung Groß-Berlin vom 11. Februar und unsere Stellungnahme zu den Beschlüssen. 2. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

Der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es unbedingte Pflicht der Mitglieder, vollzählig zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Lichtenberg. Am Sonntag, den 18. Febr., veranstaltet die Arbeiterjugend Lichtenbergs einen Elternabend im Lokal von G. Tempel, Hauptstraße 2. Einlaß 5 Uhr, Anfang 6 Uhr abends. Eintritt 10 Pf. zur Deckung der Unkosten. Wegen der bevorstehenden Schulentlassung erwarten wir vollzähliges Erscheinen.

Anmeldungen zur Jugendweihe müssen umgehend an die Adresse von Genosse **L. Finemann**, Eitelstr. 35, abgegeben werden.

Tempelhof. Am Dienstag, den 20. Febr., findet abends 8 Uhr bei Reimer, Ordensmeisterstr. 57, eine Mitglieder-Versammlung statt.

Vortrag des Genossen Zirkel über: Reichskonferenz vom 7. Januar und Vorgänge in der Partei. Vollzähliges Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Arbeiterbildungsschule.

Sonntag, den 18. Februar, findet der 2. Vortrag im theoretischen Kursus in der Liebhäuser-Photographie statt. Genosse **Paul John** wird im besonderen behandeln: Die Aufnahme: Das Einlegen der Platten, Aufstellen und Einstellen des Apparates. Belichtungsdauer, Landschaftsaufnahmen. See-, Gebirgs- und Winteraufnahmen. Momentaufnahmen. Architekturen. Porträts. Gruppen. Interieurs. Das Arbeiten mit Mikroskop. Reproduktionen.

Beginn pünktlich 8 Uhr. Eintrittspreis 10 Pf.

Dienstag, den 20. Februar, abends 8¹/₄ Uhr, sechster Vortrag im Kursus: „**Vom Kapitalismus zum Sozialismus**“. Genosse **Ernst Däumig** wird das Thema: „**Kriegssozialismus — Monopole — Staatssozialismus**“ behandeln.

Sonnabend, den 24. Februar, abends 8 Uhr, sechster Vortrag im Kurzus des Genossen Eduard Bernstein: „Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte“. Im besonderen wird behandelt: Das Zeitalter der großen englischen Revolution. Die englische Revolution als Kampf des alten gegen das neue Testament. Ursprung und Wesen des Puritanertums. Der monarchische Absolutismus. Die Stuarts und das Parlament. Das Parlament erzwingt die Rechtspetition. Zwölf Jahre Willkürherrschaft. Die Verfolgung der Puritaner. Die Rebellion. Kavaliere und Rundköpfe. Die Presbyterianer und die Independenten: Oliver Cromwell; die Leveller; John Lilburn; John Milton. Die wahren Leveller. Der Volksvertrag als Ideal der Demokratie. Der Kommunismus des Gerard Winstanley. Die bürgerlichen Staatsideale: Th. Hobbes und der Leviathan, James Harrington und die Decana.

Mit Rücksicht auf die schlechten Verkehrsverhältnisse wird gebeten, die für die einzelnen Kurse angegebenen Anfangszeiten zu beachten und pünktlich zu erscheinen.

Vereins-Veranstaltungen.

Volksstümlicher Niederabend. Zur Feier des einjährigen Bestehens seines Frauenchors gibt der durch seine Mitwirkung bei Veranstaltungen der Bildungsausschüsse bekannte Gesangverein „Männer- und Frauenchor Ost“ am Sonntag, den 25. Februar, unter der Leitung seines Chormeisters E. Thilo in Obiglos Konzertsälen, Koppenstraße 29, einen Volksstümlichen Niederabend. Zur Mitwirkung ist Herr E. Kühne, Rezitation und Pieder zur Laute, gewonnen. Die Fesrede hat Schriftsteller E. Dänmig übernommen. Eintrittskarten à 50 Pf. sind bei den Mitgliedern P. Kupfer, Petersburgerstr. 66, I, P. Schneider, Hufelandstr. 31 (Laden), F. Masche, Kopenikusstr. 1 (Laden), G. Grawert, Wilhelm-Stolzestr. 25 (Laden), M. Massenth, Marienburgerstr. 7, A. Veier, Pflauserstraße 4, zu haben. Abendkasse findet nicht statt.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung, Montag, den 19. Februar, Köpenickerstraße Nr. 62. Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verhandlungsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. — Am 4. Februar verstarb unsere Vereinswirtin der 2. Abteilung, Widj Reinhardt. Die Beerdigung hat am 12. Februar stattgefunden. Ehre ihrem Andenken. Der Vorstand.

Für die Arbeiterjugend von Berlin finden, wie in den Vorjahren, Einführungsabende in die Kammermusik statt. Diese erfreuten sich bisher ungeteilter Beifalls der Jugend als auch der erwachsenen Arbeiterschaft. Der erste Abend hat bereits stattgefunden. Mitwirkende waren das Steiner-Rothstein-Quartett, außerdem eine Sängerin, die Lieder von Brahms zum Vortrag brachte.

Der zweite Abend findet am Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr in der Aula des Klosters Gymnasium, Klosterstraße 74, statt. Derselbe verspricht ebenso genussreich zu werden wie der erste, so daß nur gewünscht werden kann, daß sich recht viele Jugendliche und auch Erwachsene daran beteiligen.

Herzlichen Glückwunsch

unserm alten lieben Bezirksführer

Wilhelm Arndt

zu seinem 73. Namenstage.

Die Funktionäre

der 8. Abt. des 6. Kreises. (Bez. 596.)

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Seiner schweren im Felde erhaltenen Verwundung erlegen ist am 3. Februar unser altes Mitglied, der Glaschleifer, Genosse

Moritz Zwicker

Geb. 25. 11. 74. — Bezirk 409, Teil 1.

Am 28. Januar fiel auf dem Schlachtfelde der Genosse

Hermann Eckert

Sträßmannstr. 48, Bezirk 410.

6. Wahlkreis.

Infolge einer im Felde erhaltenen Krankheit verstarb am Montag, den 5. Februar, der 37 Jahre alte Formier

Friedrich Röske

Vorgingstr. 35, 9. Abt., Bezirk 593.

Wahlverein Henkolln.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied, der 38 Jahre alte Arbeiter

Max Gorchert

Weißstraße 8, 21. Bezirk.

Als Kriegsteilnehmer seit dem 30. Oktober 1914 vermisst, ist jetzt unser Mitglied, der 1878 geborene Zuschneider

Karl Klappenbach

Roseggerstraße 13, 8. Bezirk, für tot erklärt worden.

Im Lazarett verstarb am 2. Februar unser Mitglied, der 43 Jahre alte Buchbinder

Benno Sommer

Reuterstraße 49, Bezirk 2.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 9. Februar verstarb unser Genosse, der Klempner

Eduard Steinhild

Watterstr. 6, Bezirk 406 I.

Am 4. Februar verstarb unser Genosse, der Zigarrenarbeiter

Bernhard Prenzel

Frankfurter Allee 106, Bezirk 339.

Am 10. Februar verstarb unsere Genossin

Marie Meyer

Sträßmannstr. 42, Bezirk 391.

Wahlverein Henkolln.

Am 10. Februar verstarb nach kurzem Krankheitslager an Lungenentzündung unser langjähriges Mitglied, der 49 Jahre alte Arbeiter

Wilhelm Jakobasch

Idealpassage 15, 5. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!